

Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Lautan,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Pötzner,
Für den übrigen redaktionellen Theil:
G. Schmiedehaus,
vömmlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseraten-Theil:
G. Körke in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechstausendzigster

Jahrgang.

Nr. 871.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 10. Dezember. Der König hat den Regierungsrath Grundmann zu Berlin zum Ober-Regierungs-Rath ernannt.

Dem Ober-Regierungs-Rath Grundmann ist die Leitung der Kirchen- und Schul-Abteilung bei der Regierung in Oppeln übertragen worden.

Dem Oberlehrer am Gymnasium zu Anllam, Dr. August Tramm ist das Präsidat "Professor" beigelegt worden. Der erste Seminarlehrer Dr. Heilmann vom Schullehrer-Seminar zu Br. Ceyla ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Eisleben versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

35. Sitzung vom 11. Dezember, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Poststaats wird fortgesetzt bei den Titeln 25–28 "Postunterbeamte" mit den dazu vorliegenden Anträgen betreffend Besserung der Lage der unteren Beamten der Postverwaltung, eingereicht von den Abg. Richter (dfr.), Singer (Soz.) und Freiherr v. Ow (R.-P.), bei deren Beratung sich das Haus gestern vertagte.

Abg. Frhr. v. Ow (R.-P.): Der größte Theil meiner politischen Freunde steht den Anträgen Richter und Singer nicht unfreundlich gegenüber, deren Begründung die Lebensstellung der Postunterbeamten richtig und ohne Überbetreuung geschildert hat. Nachdem wir so viele Belege für die Arbeiter gemacht haben, müssen wir auch die Lage der arbeitenden Kategorien in unserer Verwaltung aufstellen. Auch für diese Klassen hat die rechte Seite des Hauses warme Sympathie. Aber wir können den Antrag Richter nicht annehmen, weil die Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß nur einen Theil der Unterbeamten betrifft, während wir doch auch diejenigen Beamten berücksichtigen müssen, welche keinen Wohnungsgeldzuschuß haben. Die Theuerungsverhältnisse sind zwar nicht allgemein, sondern an einzelnen Orten hervorgetreten, sie sind aber nicht, wie der Abg. Richter meinte, vorzüglich hervorgerufen durch die Geizdeölle. Auch vor Durchführung derselben haben wir ähnliche Lebensmitteltheuerung gehabt. (Sehr wahr, rechts.) Hierin spielen viele Faktoren mit, wie z. B. die Steigerung der Lebensbedürfnisse. Früher gingen die Dorfkinder darum zur Schule, heute ist das nicht mehr der Fall. Alle Klassen leben besser wie vor Jahrzehnten. Darum muss aber auch das Gehalt der Beamten den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechend, höher normiert werden.

Der Antrag Singer beschreitet einen ungewöhnlichen Weg, indem sonst nicht über das veranschlagte Budget durch Initiativanevräge hinausgegangen wird. Es wäre eine sehr mißliche Praxis, wenn jeder Abgeordnete darauf ausgeht, die Ausgaben zu erhöhen. Damit wird der Popularitätshabscherei Thür und Thor geöffnet. Solche Anträge werden aber auch ungern sein müssen, weil die Antragsteller die Verhältnisse nicht so genau kennen, wie die Regierung. Das ist auch beim Antrag Singer der Fall, der bestimmte Beamten-Kategorien gar nicht berücksichtigt. Erhöht man das Gehalt, so muss das konsequent geschehen, und nicht bloß die Reichsbeamten, sondern auch die Landesbeamten aufgebessert werden. Deshalb lässt sich die Tragweite eines solchen Antrages gar nicht übersehen. Wir können also die Anträge Richter und Singer in ihrer ursprünglichen Form nicht annehmen. Um unsere Gestaltung aber zum Ausdruck zu bringen, um nicht mißverstanden zu werden, habe ich unsere Resolution eingereicht. Wir scheuen einige Millionen Ausgaben hierfür nicht. Unser Antrag unterscheidet sich von dem Antrag Richter auch noch dadurch, dass sich derselbe mit Vertrauen an die Regierung wendet, während auf der linken Seite ein unumwundenes Misstrauen gehegt, und hier und in der Presse gegen eine entschieden wohlgesinnte Regierung in einem Theil der Bevölkerung entfacht wird. Wir empfehlen unseren Antrag dem Wohlwollen der Regierung. (Beifall rechts.)

Abg. Bürkl (nl.): Ich erkläre im Namen meiner Freunde, dass wir mit einer Besserung der unteren Beamtenkategorien völlig einverstanden sind. Denn eine Theuerung der Lebensbedürfnisse lässt sich nicht in Abrede stellen. Dass dieselbe durch die erhöhten Getreidepreise veranlasst ist, ändert an der Thatfrage nichts; sondern wir haben nur einfach mit dieser Thatfrage zu rechnen. Aber auch abgesehen von dieser augendlich wirkenden Ursache werden die Regierungen sich der Besserung veranlasst haben. Wir meinen nun, dass diese Sache möglichst schnell in Angriff zu nehmen sei, und hatten darum, schon ehe die vorliegenden Anträge uns bekannt waren, einen Antrag angestellt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur dritten Sitzung des Tales ein Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen die Mittel zu Bulagen für die unteren Beamten bereitgestellt werden. Wir dachten dabei keineswegs an Wahltagitation, sondern an das notwendige Bedürfnis. Obwohl die Anträge Richter und Ow zwar unser Bedenken, dass nicht sofort geholfen wird, nicht beseitigen, werden wir aber auf Grund dieser Anträge das Räthe in der Budgetkommission der ich die Anträge zu überweisen beantrage, vereinbaren können. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hartmann (cons.): Die Unterbeamten sind einer Aufbesserung zweifellos bedürftig; aber wir haben in der Frage der Gehaltsverhältnisse immer den Grundsatz vertreten: Stetig aber langsam. Einseitig die Beamtengehälter eines Reitors zu erhöhen, geht nicht an, schon wegen des Zusammenhangs der Reichsreitschaft. Darum müssen wir die Initiative der Regierung überlassen. Auch ist nicht allein für die Unterbeamten, sondern auch für die mittleren Beamten eine Aufbesserung erforderlich. In der Budgetkommission werden wir im Zusammenwirken mit der Regierung zu dem erwünschten Resultat kommen können, am besten im Sinne des Antrages Ow, aber mit Ausdehnung auf alle Beamtenkategorien.

Abg. Dr. Windthorst (Btr.): Auch meine Freunde sind überzeugt, dass das gesammte Unterpersonal der Post notwendig aufbesserter werden muss, und dass auch unter dem mittleren Personal wohlberechtigte Wünsche existieren. Ich halte auch den Standpunkt für einen durchaus richtigen und durchaus aufstellenden, dass mit Rücksicht auf die jetzt vorhandene Theuerung, wie sie ja wohl ein jeder in seinem Hause empfindet, eine solche Aufbesserung sofort vorgenommen werden muss. Wenn nun aber der Poststetat auch Anlass zu den betreffenden

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. J. Schle, Sohle, Gr. Gerber u. Breitkopf & Cö., Otto Lüthi in Firma J. Henmann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Neuruppin bei H. Matthes, in Wreschen bei J. Jodlau u. bei den Inseraten-Annahmestellen von G. J. Park & Co., Hasenstein & Vogler, Rudolf Meiss und „Invalidenbank“.

Donnerstag, 12. Dezember.

1889.

Inserate, die sechsgesparten Zeitzeile oder deren Raum in der Morgen-Ausgabe 20 Pf. auf der letzten Seite 30 Pf. in der Abend-Ausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Anträgen gegeben hat, so muß ich doch gestehen, dass auch in anderen Reitorten nameentlich das Unterpersonal nach den jetzigen Verhältnissen zu niedrig besoldet ist, und dass die Regierung erst erwägen muss, in welchem Maße die Lage derselben am zweckmäßigsten gebeffert werden kann. Der Notstand ist so dringlich, dass wir nicht von der einmal betretenen Bahn zurückkehren dürfen, auch nicht durch Sparfamilie rückföhren. Allerdings habe ich auch den Eindruck, dass gespart werden könnte und gespart werden muss, aber diese Einsparungen sind bei anderen Positionen vorzunehmen. Ich würde deshalb, dass die Budgetkommission diesmal einen recht gründlichen schriftlichen Bericht machen wird, in der sie alle gegebenen Anregungen berücksichtigt. Denn wenn die ungeheuren Ausgaben so fortgehen, so wird unser Budget in unverantwortlicher Weise belastet und es wird dann auch eine politische Gefahr herausbeschworen. Es ist daher um so nothwendiger, dass die Kommission alles Material, was in den verschiedenen Berathungen zusammengetragen worden ist, völlig verarbeitet; sie darf sich nicht scheuen, Ausgaben für diese Zwecke zu machen, sondern muss dafür auf anderen Gebieten die größtmögliche Sparfamilie üben. Ich bedauere, dass das nicht überall geschehen ist, und dass die Gründsätze der Sparfamilie nicht immer Verhältnis gefunden haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Baumbach (dfr.): Nach den letzten Worten des Abg. Windthorst ist zu bedauern, dass er seinen parlamentarischen Einfluss auf die seiner Partei angehörenden Kommissionsmitglieder nicht stärker ausübt hat, sonst hätten wir vielleicht an manchen Punkten in der Budgetkommission sparsamer sein können.

Ich freue mich über das in dem Antrag Ow liegende Anerkennung von agrarischer Seite, dass eine nicht zu bestreitende Verhöherung der Lebensmittel eingetreten ist. Das ist der erste Schritt zu einer gewissen Besserung — die Agrarier erkennen wenigstens an, dass die Lebensmittel verhöherzt sind. Vielleicht werden sie sich auch dazu verstehen, zu konzedieren, dass die agrarischen Bölle die Verhöherung herbeigeführt haben. Herr Dr. Buerkl hat nicht bestritten, dass der Geizdeöll die Lebensmittel verhöherzt hat, und die Nationalliberalen werden Gelegenheit haben, im nächsten Reichstag mit uns zusammen die Schätzölle aufzuheben.

Der Singerische Antrag ist zu eng gefasst, man kann nicht allein die Postunterbeamten herausgreifen, sondern muss auf allen Gebieten der Verwaltung einheitlich vorgehen. Ich erkenne auch an, dass unser Antrag dem Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit nicht entgeht. Immerhin aber greift er einen bestimmten Punkt heraus, bei dem sich etwas thun lässt. Ich möchte dabei gleich auf die zahlreichen Posthilfsbeamten hinweisen, deren wir leider eine sehr große Zahl, etwa 1000, haben und die ebenso dringend einer Aufbesserung bedürfen.

Auch wir haben den Gedanken gehabt, im Wege eines Nachtragsetats die Geldmittel für eine einmalige Unterstützung aller Unterbeamten aufzubringen. Die Sache kann in der Kommission in eingehender Weise berathen werden. — Wenn wir nicht vertrauensselig, wie der Abg. v. Ow, an die Regierung herantreten, so haben wir dazu auch keine Veranlassung; denn die Erhöhung der Beamtengehälter ist seit Jahren von der Regierung in Aussicht gestellt worden, aber bisher ist es nur bei schönen Versprechungen und Sympathiezeugnissen geblieben. Auch ist wenig vertrauenswürdig, wie sich die Vertreter des Reichs-Postamts und des Reichs-Schatzamts zu der Regel stellen. Die Unterbeamten haben das Recht, zu verlangen, dass wir hier nicht bloß schöne Reden halten, sondern, dass man endlich Thaten zu sehen bekommt. Wir werden in der Budget-Kommission Alles in Erwägung nehmen und hoffen auf ein erfreuliches Resultat. (Beifall links.)

Abg. Prinz Carola (Rp.): Nicht bloß die unteren Reichsbeamten, sondern auch die unteren Staatsbeamten sind in keiner glücklichen Lage. Deshalb richte ich an die Vertreter der preußischen Regierung die dringende Bitte, doch endlich mit der lange versprochenen Gehaltsverhöhung der preußischen Unterbeamten vorzugehen. (Befürchtung rechts.) Dem Antrag Ow kann ich aber nicht zustimmen. Der selbe enthält einmal das Zugeständnis der Theuerungsverhältnisse, und es ist für einen Vertreter der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik eine eigentlich schlechte Sache, einer Resolution zuzustimmen, in der die Verhöherung der nothwendigsten Lebensmittel anerkannt wird. Dann entbehrt die Resolution einer präzisen Fassung.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nichts gegen eine Verweisung der Anträge an die Budgetkommission. Ich bin natürlich auch mit einer Aufbesserung aller Beamten einverstanden; aber ich halte es für praktischer, wenn erst auf einem Gebiete vorgegangen wird, weil dann die übrigen schon nachfolgen müssen, andererseits aber durch eine gleichzeitige Beantragung der Aufbesserung aller Beamten die Regierungen von der Zustimmung durch die Höhe der Summen abgeschreckt werden könnten. Die Anregung hat ja allgemein Anklang gefunden im Reichstag, aber warum hat die Majorität solche Anregung nicht gegeben?

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Vorwurf des Abg. Singer ist ungerechtfertigt, denn auch wir haben eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter in Aussicht genommen und eingehend darüber verhandelt. Wir hatten dazu um so mehr Veranlassung, als uns gar nicht verborgen sein konnte, dass die Arbeitslöhne durchweg gestiegen waren. Auch war die Haltung der Vertreter dieser Partei in der Budgetkommission eine sehr ablehnende gegen alle Anregungen des Abg. Baumbach, so dass es zweifelhaft erschien, ob in der That die hier ausgesprochene Absicht in jenen Parteien obwaltet. Indessen wir wollen hoffen, dass aus der Budgetkommission ein Antrag hervorgeht, der möglichst schon für das nächste Statthalbjahr unmittelbar praktische Früchte bringt. Damit aber nicht die Budgetkommission wie für ähnliche Anträge auch für diesen als Ort des stillen Begründnisses angesieht wird, so beantrage ich zugleich mit diesen Anträgen den entsprechenden Statuttitel in die Kommission zurückzuverweisen. Dann ist man genötigt, mit diesem Statuttitel auch auf diese Anträge vor dem Plenum zurück-

zukommen. Die Statssberathung wird dadurch ja auch nicht aufgehoben. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Durch den Nachtragsetat wird der Zweck des Abg. Richter ebenso gut erreicht. — Wenn die Mehrheitsparteien mit ihren Anträgen noch nicht hervorgetreten sind, so liegt das daran, dass wir eben die Tragweite der Anträge nach allen Seiten hin erwogen haben, denn es handelt sich hier um einen gewaltigen finanziellen Effekt, und dass eine genaue Berechnung derselben nicht die Arbeit von wenigen Tagen ist, besonders wenn man alle Beamtenkategorien in Betracht zieht, versteht sich von selbst.

Abg. Buerkl (nl.): Die Anregungen von Herrn Baumbach sind in der Kommission bei sämtlichen Parteien freundlich aufgenommen worden und bei unseren Parteien nicht minder. Die Notiz der "Frei-Liberalen", dass von unserer Partei diese Anregung befürwortet worden ist, ist durchaus unrichtig. Das pure Gegenteil ist der Fall.

Abg. Dr. Windthorst (Betr.): Außerhalb der Budgetkommission haben wir von den sogenannten Majoritätsparteien nichts in der Richtung der Anträge gehört, und jetzt nehmen die einzelnen Redner gleich einen gerechten Ton an. Das ist ein Verfahren, durch welches unser gemeinschaftliches Arbeiten durchaus beeinträchtigt ist, und ich glaube, wenn das so fortgeht, wie die Herren es zu beabsichtigen scheinen, so können wir unsere Arbeiten nur einstellen und abwarten, was die Herren etwa vor den Reichstag bringen werden. Ich habe nur darauf aufmerksam machen wollen, wohin wir gelangen, wenn wir die Privatverhandlungen der Majoritätsparteien abwarten wollen. Da diese nicht immer zum Ziele führen, haben wir beim Sozialistengesetz gesehen, wo das Kartell in die Brüche gegangen ist.

Abg. Dr. Baumbach (dfr.): Da unser Antrag auf allseitiges Wohlwollen gestoßen ist, ist doch cum grano salis zu verstehen, denn es ist ihm nur von einer Seite positiv widersprochen worden. Die Regierung hat sich aber völlig ablehnend verhalten, ohne das mindeste Entgegenkommen, und deshalb habe ich einen speziellen Antrag auch nicht eingereicht.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wenn die Uneinigkeit der Kartellparteien sich nur auf solche Nebenpunkte erstreckt, wie in der Sozialisten-Kommission, dann wird das Kartell noch recht lange bestehen. Uebrigens haben wir ein gewisses Kartell doch auch mit dem Zentrum gehabt bei Gelegenheit der Zollpolitik (Sehr richtig! links), und das Zentrum steht zur freisinnigen Partei doch auch in einem gewissen Kartellverhältnis. (Abg. Windthorst: Nein!) zunächst wollen wir aber unten und bleiben und weisen es zurück, dass Herr Windthorst uns dafür eine schlechte Benurtheilung erteilen will.

Abg. Dr. Hartmann (l.): In der Sozialistenkommission ist die Majorität des Kartells im engeren Sinne allerdings in die Brüche gegangen, aber da sind die Freunde des Abgeordneten Windthorst wieder in das Kartell eingetreten. (Sehr richtig: rechts, Widerspruch im Zentrum.) Ich widerspreche, dass in der Kommission nur die freisinnigen Wohlwollen für solche Anträge gezeigt hätten. Herr Baumbach hat selbst anerkannt, dass alle Parteien sich zustimmend verhielten.

Abg. Dr. Baumbach: Das habe ich nicht gethan. Die ganze Budgetkommission ist folchen Bestrebungen wohlwollend geblieben.

Abg. Dr. Hartmann (l.): Waren haben Sie (rechts) keinen Antrag gestellt?

Abg. Singer (Soz.): Die Neuerung des Abg. v. Kardorff

war sehr unvorsichtig, wenn er sagt, dass die Kartellparteien in allen

Hauptpunkten in der Sozialistenkommission einig seien und nur in einem Nebenpunkt auseinander gegangen wären. Der Minister Herrfurth wird ihm nicht dankbar dafür sein, dass er hier öffentlich feststellt, die Ausweisungen seien ein vollständiger Redenpunkt. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich bestreite, dass auch das Zentrum zu den Kartellparteien rechnet. Keinem von uns fällt es ein, zu dem Kartell, wie es jetzt liegt, hinzutreten. Ein Kartell, wie es jetzt besteht, hat nie bestanden. Es ist eine besondere Verabredung von drei Fraktionen für die Wahlen. Durch diese Art Kartell muss das eigentliche parlamentarische Leben vernichtet werden. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Außerdem ist bei der Zollpolitik eine Verständigung zwischen Zentrum und Konservativen erfolgt, aber da konnte jeder hinzutreten, und vor allen Dingen war diese Verständigung nicht geheim. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Die Herren haben zwar über die Anträge Studien gemacht, aber nichts davon in die Öffentlichkeit gebracht. Bei den Wahlen werden wir unsererseits Alles thun, um die Kartellparteien nicht zum Siege kommen zu lassen. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Baumbach: In diesem Bestreben werden wir und wahrscheinlich zusammenfinden. (Große Hellekeit.) Herr Hartmann hat mich mißverstanden; ich habe nur die ablehnende Haltung der Regierung konstatiert, welche mich bestimmt hat, mit formulierten Anträgen vorzugehen. Wohlwollen ist gewiss nicht auf allen Seiten vorhanden gewesen. Ich habe nur Widerspruch seitens eines Mitgliedes der konservativen Partei erfahren.

Abg. v. Kardorff: Die Sitzung des Abg. Windthorst habe ich nicht anders erwartet. Herr Windthorst hält eine parlamentarische Situation für gut, wenn er und der Abg. Richter die Majorität hat, wir nicht. (Beifall rechts.) Damit schließt die Diskussion.

Über die Art der Abstimmung entspannt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Richter: Will sämtliche Anträge, verbunden mit den Titeln 25, 26, 27, 28, der Budgetkommission überweisen. Die

Abg. Hartmann und v. Kardorff wollen nur die Resolution Richter und Ow an die Budgetkommission überweisen und die Titel jetzt im Plenum bewilligen, um nicht die zweite Sitzung aufzuhalten und sich der Gefahr auszusetzen, dass die Anträge bis zur dritten Sitzung durchgepeitscht werden müssen.

Abg. Richter weist darauf hin, dass nach den Ferien noch der Militär-, Marine- und der Staat des Reichsschatzamts berathen werden müssen, dass also die Budgetkommission genug Zeit habe, einen Bericht an das Haus zu erläutern.

Hierauf werden sämtliche Anträge verbunden mit den Titeln 25–28 an die Budgetkommission verworfen, resp. zurückgewiesen gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theils der Reichspartei.

Zu Titel 29 "Rechtsbestände bei den Oberpostdirektionen" bemerk

Abg. Richter: Es ist in letzter Zeit ein Fall vorgekommen, in welchem ein Mann Berliner Zeitungen mit sich in einer Handtasche per Eisenbahn nach Erkner genommen hat und dafür wegen Hintereiung der Postgebühren in eine Geldstrafe von 690 Mark genommen worden ist, und zwar nach einem Beschluss des Reichsgerichts auf eine Klage der Post. Die Entscheidung begründet sich darauf, daß die Persönlichkeit des Unternehmers mit der Persönlichkeit des Boten zusammenfällt. Es entspricht den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht mehr, Monopole, wie der Zeitungsvertrieb der Post nach außerhalb aufrecht zu erhalten. Dieser Postzwang für politische Zeitungen greift in den Zeitungsvertrieb hinein und schädigt weite Kreise des Publikums, und es ist an der Zeit, derartige Monopole für immer aufzuheben.

Staatssekretär von Stephan: Es liegt eine Entscheidung des Reichsgerichts vor, gegen welche wir hier doch keine Bestimmungen zu treffen haben.

Abg. Richter: Zweck solcher Grörterungen ist, aus praktischen Vorwurfsmaßen Anregungen zu entnehmen. Das das Verfahren nicht so weiter gehandhabt werden kann, liegt auf der Hand. Auch die „Köln. Btg.“ wird weit über zwei Meilen hinaus bis nach Arefeld durch Privatpersonen befördert, und nur, weil die Person des Boten nicht mit der Person des Unternehmers zusammenfällt, wird der Betreffende da nicht in Strafe genommen. Solche Strafen greifen in den Zeitungsvertrieb in einer Weise hinein, daß ein Ende damit gemacht werden muß.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: In dem Falle der „Köln. Btg.“ liegt die Sache allerdings genau so wie in dem Falle Erkner. Wenn Sie jetzt geltenden Bestimmungen abändern wollen, habe ich nichts dagegen.

Abg. Schmidt-Elberfeld: Die „Köln. Btg.“ hat in der That selbständige Agenturen an verschiedenen Orten, wo die Agenten Abonnenten sammeln und dann täglich von Köln aus die Zeitung hinüberbringen.

Abg. Richter: Es kommt uns garnicht darauf an, etwa in den Vertrieb der „Köln. Btg.“ hineinzufahren; aber das Beispiel zeigt doch, daß je größer ein solcher Vertrieb gehandhabt wird, es um so notwendiger ist, die Bestimmungen darüber zu ändern. Es ist ein eigenthümliches Ding: bei 2 Meilen kann der Vertrieb in jeder Weise stattfinden, und über 2 Meilen hinaus kommt der Postzwang.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Bei Titel 59 „Kleiderlassen für Beamte“ fragt

Abg. Richter (dir.) an, ob die Postverwaltung sich schon irgendwie mit der Frage befaßt habe, direkt mit den Strafanstalten zur Beauftragung der rothwendigen Monitoring zu verhandeln. Dadurch würde die Privatkonzurrenz erheblich geschwächt werden. Wenn also Verwaltungen die erforderliche Bereitwilligkeit zeigten, ließe sich eine Schädigung der Privatkonzurrenz vermeiden. Es heißt aber, daß besonders auch die Postverwaltung nicht auf diesem Standpunkt stehe. Einer Konkurrenz der Gefängnisverwaltung würden aber die Privatunternehmer nicht gewachsen sein.

Geheimrat Fischer erklärt, daß der Postverwaltung Beschwerden in dieser Richtung nicht zugegangen seien, ihm auch der Grund zu solchen Klagen zu fehlen scheine.

Zum Titel 64, „Entschädigungen für frühere Postgerechtsame“ bemerkt

Abg. Richter: Mir ist kürzlich eine Postkarte zu Gesicht gekommen, welche den Vermerk enthielt: „Fürstliche Angelegenheiten“, die also auf Grund dieser Bemerkung portofrei befördert wurde. Auf der Rückseite befand sich das Fürstlich-Schaumburgische Wappen, und der Inhalt der Karte ergab, daß es sich um die Vermittlung eines Räubchens handelte (Heiterkeit), um Fürstlich-Schaumburgischen Rahmenkäse, und daß die Karte, die, wie gesagt, eine gewöhnliche Postkarte war, von einer Fürstlich-Lippischen Domäne versandt war. Also dazu wird die Postfreiheit benutzt, die durch Gesetz regierenden Fürsten und ihren Gemählinden eugesichert ist! Aus dem Inhalt der Korrespondenzkarte ergibt sich ferner, daß früher die fürstliche Postfreiheit auch zur Verwendung des Räubens in Anspruch genommen worden ist, und es wird dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß das in neuerer Zeit nicht mehr statthaft sei. Eine derartige Anwendung, meine ich, geht doch über die Absicht des Gesetzes hinaus. Unter solchen Umständen ist es doch besser, wenn man, um den Streit über die An-

wendbarkeit der Postfreiheit zu beseitigen, überhaupt diese Postfreiheit durch eine billige Entschädigung ablässt.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Bereits in dem Gesetz über die Abschaffung der Postfreiheit von 1869 sind hunderte von Postfreiheiten beseitigt worden. Bei Erlass jenes Gesetzes ging man von der Ansicht aus, daß denjenigen regierenden Fürsten, deren Postverwaltung in die norddeutsche bzw. Reichspostverwaltung übergegangen sei, die Postfreiheit zu lassen, sei in demselben Umfang, in dem sie dieselbe früher genossen haben. Ich nehme an, daß es sich hier auch nur um eine Anwendung handelt, die bereits vor Erlass jenes Gesetzes von 1869 üblich war.

Abg. Richter: Die Bestimmung des Gesetzes von 1860 bezieht sich doch offenbar nur auf die Ausdehnung der Postfreiheit auf Haushaltserien und dienstliche Stellen, aber doch keinesfalls auf eine Domäne, die außerhalb des Fürstenthums liegt, wie in diesem Falle, für einen Verwalter, der vielleicht gar den Räubchandel gepachtet hat. Wenn das zulässig ist, so wäre es im Interesse des Fürsten von Schaumburg-Lippe zu wünschen, daß die Postfreiheit aufgehoben wird.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der fortlaufenden Ausgaben.

Zu Titel 1 der einmaligen Ausgaben „Dienstgebäude in Köln“ beantragt die Kommission, als sechste Rate statt 800 000 M. nur 730 000 M. zu bewilligen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Bei Titel 5 (Dienstgebäude in Aachen) werden ebenfalls dem Kommissionsantrage entsprechend von dem Statistitel 50 000 Mark abgelehnt.

Titel 6 betrifft das Dienstgebäude in Frankfurt a. M. (Kaiservilla).

Von dem Abg. Buol-Berenberg (Centr.) ist beantragt worden, die für die Schaffung von Aufenthaltsräumen für den Kaiser bei dem Postgrundstück erforderliche Summe zu streichen.

Die Kommission beantragt, von der in Ansatz gebrachten Summe 100 000 M. abzuziehen, also statt 535 500 M. nur 435 500 M. zu bewilligen.

Bevor in die Diskussion über die Anträge eingetreten wird, geht von dem Abg. v. Wedell-Malchow (lons.) der Antrag ein, die Diskussion über den Titel auszusetzen und den Titel mit den dazu gestellten Anträgen an die Budgetkommission zur Berichterstattung zurückzuvorweisen.

Abg. Richter hält es für unzulässig, vor Eröffnung der Diskussion eine derartige Zurückverweisung zu beschließen.

Präsident v. Lebeck verweist darauf, daß bereits 1883 durch namentliche Abstimmung ein Präzedenzfall dafür geschaffen sei.

Abg. Richter hält dem entgegen, daß dieser Präzedenzfall, der übrigens nur gegen eine starke Minorität geschaffen sei, nicht für immer bindend sei.

Das Haus beschließt jedoch in seiner Mehrheit (gegen die Stimmen der Freikirchen und einiger Nationalliberaler) nach dem Antrage Wedell-Malchow die Zurückverweisung des Titels an die Kommission.

Zu Titel 24, „Dienstgebäude in Gera“, werden nach dem Kommissionsantrag 20 000 Mark abgelehnt; Titel 27, „Dienstgebäude in Eberswalde“, wird gestrichen; Titel 28, „Dienstgebäude in Glogau“, um 80 000 Mark vermindert; Titel 35, „Dienstgebäude in Bets“, abgelehnt.

Bei Titel 37, „Dienstgebäude in Elberfeld“, macht

Abg. Schmidt (Elberfeld) auf den gesteigerten Verkehr in dieser Stadt aufmerksam, der eine Erweiterung der Räumlichkeiten der Post rechtfertige.

Der Rest der Ausgaben wird ohne Debatte angenommen.

Zu Titel 1 der Einnahmen liegen zwei Anträge Baumhak vor, der eine auf allgemeine Herabsetzung des Postos für Stadtbriefe auf 5 Pf., der zweite auf Entschädigung der Post für die Überlassung von Fernsprechstellen in kleineren Ortschaften.

Burkhardt führt

Abg. Dr. Baumhak aus: Für Berlin und einige größere Städte muß für den Brief 10 Pfennige Porto gezahlt werden, während in kleineren Städten eine Zage von nur 5 Pf. erhoben wird. Die Paketfahrt-Gesellschaft in Berlin bestellt aber Briefe für 3 Pf. und hat auch die Kartenvorlagen, welche sich z. B. in Österreich bewährt

Zwei Säle im Rathause zu Posen.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Unter den Dekorationsgebilden, mit denen unser Deckenteppich geschmückt ist, erblicken wir außer den oben behandelten vier Deckenbildern noch eine ganze Reihe figürlicher Formengebilde, welche, in dem steingrauen Lofalton der Decke gehalten, in das eigentliche Teppichtuch gewissermaßen eingewebt erscheinen.

Wir sehen da in den rhombischen Kassettenfeldern, als Pendants behandelt, den schönen männlichen und den amuthigen weiblichen Kopf mit dem seltamen, schleierartigen, phantastisch gelenküpfen Kopftuch; ferner die tragische Maske, die Satyrmaske und den Todtentkopf und dann den blattschmuckbedeckten Kinderkopf. Dann in den kreuzförmigen Kassettenfeldern: den geflügelten Kinderkopf mit dem aus einem übersallenden Blatt gebildeten Kopfschmuck; ferner den männlichen Kopf mit dem in die Blattform übergehenden Bart und Haupthaar; sodann den diademgeschmückten weiblichen Kopf mit den Perlengehängen und dem wunderbar ergreifenden Gesichtsausdruck; und ferner den Widderkopf. Dann in den achteligen Kassettenfeldern: die vier, theils mit turbanartigem Kopfschmuck, theils mit einer Krone geschmückten weiblichen Köpfe, welche aus den Kelchen eines symmetrisch sich ausgestaltenden Pflanzenornamentes hervorwachsen und in mächtigem organischem Lebensausdruck den Übergang von vegetabilischem Leben in den Formenausdruck der Thierorganismen uns empfinden lassen; ferner die größtentheils naturalistisch, zum Theil aber auch stilisiert behandelten Wappenthaler, von welchen letzteren namentlich die männliche und die weibliche Figur in dem Rahmen des Mailänder Wappens unsere Aufmerksamkeit durch ihre ideale Formenschönheit erregen; so dann den diademgeschmückten weiblichen Kopf unter dem Schild des Mailänder Wappens; und endlich das ganz bescheiden im Winkel versteckte Brachstück von einem vierblättrigen Kleeball, die vier vollwangigen, rundlichen, schmunzelnden Mönchsgelehrten mit den klugen Augen im Kopfe, die unter dem weichen, in die Stirn herabhängenden Seidenhaar klugverständig, fest und sicher in das Weltgetriebe hineinschauen und doch nur so unter sich ihr Wesen treiben, so ganz allein nur mit sich selbst beschäftigt scheinen, als ob sie gar nichts angehe das Treiben der Welt, das offiziell dort in der Mitte des Deckenteppichs abspielt. Sollten die gar nicht ein ganz klein wenig ihr Händchen mit im Spiele haben? — Wer mögen nur die vier

Mönchlein sein? Das wäre vielleicht eine würdige Preisfrage „für Forscher und für Finder“. Denn daß wir es nur gleich ründ herausragen: die figürlichen Darstellungen unterscheiden sich von einander nach drei verschiedenen Gruppen; nämlich:

1. das rein dekorativ behandelte Figurenwerk;
2. das portraitartige und das realistisch behandelte Figurenwerk;
3. die figürlichen Darstellungen, welche sowohl einen dekorativen, als auch einen portraitartigen Charakter zeigen.

Zur ersten Gruppe gehören die vier weiblichen Köpfe, im achteligen Felde, die Kinderköpfe, der Widderkopf und die Wappenthaler. Zur dritten Gruppe gehört nur der männliche Kopf mit dem blattgeformten Haupt- und Barthaar. Alle übrigen figürlichen Darstellungen gehören zur zweiten Gruppe. Diese zweite Gruppe wollen wir jetzt etwas näher betrachten und dabei mit dem portraitartig behandelten Figurenwerk den Anfang machen.

Da ist der merkwürdige männliche Kopf mit dem schleierartigen Kopftuch und dem schützenden Kriegerschmuck, der reisen gegliederten Halsberge. Über die Frage nach der Bedeutung dieses Kopfes und seines neben ihm befindlichen Pendants, des weiblichen Kopfes vermöge ich bei der Unzulänglichkeit des mir zu Gebote stehenden Forschungsmaterials zur Zeit ein abschließendes Urtheil nicht auszusprechen. Für die Erklärung der Decke aber ist erforderlich, und ich kann es mir auch gar nicht versagen, wenigstens an der Hand des für mich vorhandenen Materials, diese beiden Köpfe einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Möge man die nachfolgenden Bemerkungen einstweilen nur als Spuren betrachten, die vielleicht zu dem erwünschten Ziele führen, die beiden Köpfe dereinst mit Sicherheit bestimmen zu können: das seltame Kopftuch zeigt in freier künstlerischer Behandlung einen namentlich während der Kreuzzüge aus orientalischen Einflüssen hervorgegangenen Kopfschmuck, der auch im Abendlande bis in das 16. Jahrhundert hinein in mancherlei Formumbildungen lebendig blieb. Auch die bildende Kunst des 15. und 16. Jahrh. verwendete diesen Schmuck als bedeutsames Decorationsmotiv. Ich verweise hier auf die edle und reiche Peilerbemalung im Monastero maggiore zu Mailand, von der in Jakob Burckhardt's „Geschichte der Renaissance in Italien“ zu § 170 ein prächtiger Holzschnitt nach Vasius gegeben ist. Unser Künstler hat die seiner Zeit geläufigen Kunstmotive in so eigenartig bedeutsamer Weise zum Ausdruck ge-

bracht, eingeführt. Was eine Privatgesellschaft kann, sollte die Reichspost doch auch leisten. Viele Mitglieder des Hauses haben, wie sie mir erklärt, keine Ahnung gehabt, daß man in Berlin 10 Pf. für Briefe zahlten müsse.

Der zweite Antrag entspricht dem Wunsche vieler Handelsstädte. Kleinere Orte haben nicht den Nutzen von der Fernsprechstelle, und auch die Verwaltung kostet nicht soviel wie in Berlin. Deshalb ist die Forderung, die Vergütung für die Überlassung einer Fernsprechstelle in kleineren Orten herabzusetzen, gerechtfertigt. Man sagt, daß das in Fernsprechbetrieben angelegte Kapital sich mit 10 bis 15 Prozent verzinst. Umsomehr ist es angebracht, eine Entschädigung einzutreten zu lassen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: In dem einen Antrag beantragt Herr Baumhak eine Reduzierung, nämlich bei den Stadtbriefen, in dem andern eine Abweichung von der bestehenden Regelung. Das ist ein logischer Widerspruch. Die Entschädigung für Berliner Stadtbriefe auf 5 Pf. würde einen Auffall von 1 Million zur Folge haben. Es gibt es Postarten für den, der billiger schreibt will. Gehen billigeren Tarif als wir hat keine andere große Stadt, weder Paris noch London. Der Berliner Briefverkehr erfordert sehr viel Ausgaben. Erst kürzlich haben wir eine Strafpost in Betrieb gesetzt müssen. Private Postanstalten können keinen Einfluß auf den Betrieb der Post haben, sie arbeiten nicht so regelmäßig und nicht so schnell wie die Post. Diese Konkurrenz kann uns nicht drücken. Die Paketfahrt-Gesellschaft ernährt sich übrigens mehr durch Verförderung von Paketen als Briefen.

Bei dem zweiten Antrag ist nicht angegeben, wo die Grenze der kleineren Ortschaften sein soll. Zahlreiche Reklamationen werden einlaufen, wenn wir einzelne kleine Ortschaften derart privilegiieren. Die Kosten der Verwaltung sind aber zu groß, als daß wir schon jetzt eine generelle Entschädigung eintreten lassen könnten. Außerdem vergibt kaum ein Jahr, ohne neue Verbesserungen an den Fernsprech-Aparaten, die auch neue Kosten erfordern. Wir können von dem Entschädigung unter keinen Umständen absehen.

Auf eine Anfrage des Abg. Kümpf (nl.) erklärt Staatssekretär von Stephan, daß eine Herabsetzung der Vergütung für die Überlassung einer Fernsprechstelle in kleineren Ortschaften weniger ungünstig sei als in größeren.

Abg. Schmidt (Elberfeld): Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs beantragt ich, den Antrag Baumhak auf alle Ortschaften zu erweitern. Ich bin der Meinung, daß die Gebühren allgemein herabgesetzt werden müssen. Das einzige Richtige wäre, einen Einheitszoll einzuführen, dann würde jeder zufrieden gestellt werden, denn so kommen Widerstände vor, wie z. B. der, daß zwischen so eng zusammenliegenden Städten wie Elberfeld und Barmen, zwischen denen eine Verbindung doch keine weiteren Kosten verursacht, als z. B. in Berlin von einem Amt zum andern, ganz ungerechtfertigte Weise die Gebühren für den Paketverkehr in Anspruch kommen. Wenn auch Neuanlagen gemacht werden, welche Kosten verursachen, so decken doch schon die Einnahmen eines Jahres die Ausgaben. Außerdem ist jetzt in den Beiträgen die Rente von einem Multiplex-Apparat, der die ganze Sache wesentlich vereinfacht, und weniger Beamte in Anspruch nimmt. Wenn in der That sich das Anlagekapital mit 10 bis 12 % verzinst, dann ist es Zeit, im ganzen Reich eine generelle Entschädigung vorzunehmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Stephan: In England, Frankreich, Amerika sind die Vergütungen drei bis vier Mal so hoch als in Deutschland. Das genügt zur Widerlegung des Antrages auf generelle Entschädigung.

Abg. Schuster (nl.) unterstützt den Antrag Baumhak auf Entschädigung der Vergütung bei Fernsprechstellen in kleineren Ortschaften.

Abg. v. Strombeck (Centr.) tritt für die Herabsetzung des Stadtbriefpostos für Berlin ein. Kosten der Berliner Postbetrieb so viel, so müßten konsequenterweise Briefe von außerhalb nach Berlin für die Versendung in Berlin noch einmal Porto zahlen.

Abg. Schmidt (Elberfeld, dts.) wünscht Entschädigung der Nachnahmegeldhöhen von 2 auf 1 Grosz, entsprechend den Verhältnissen in andern Ländern, die sich sonst der Staatssekretär zum Muster nehme. Ein großer Einnahme-Auffall wird dadurch nicht entstehen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert, daß die Regierung grundsätzlich Gleiches anerkennt nicht widerstehen. Andernfalls sei der Nach-

brach und wir werden im Verlaufe unserer Betrachtungen noch so vielfach die Entdeckung machen, wie er den Kopfschmuck als ein hervorragend bedeutsames Zeichen für die Charakterisierung seiner Figuren benutzt hat, daß wir deshalb schon an dieser Stelle bei unserem Kopftuch noch etwas länger verweilen wollen.

In dem Kostümwerke von Krebschmer und Rohrbach „Die Trachten der Völker“ finden wir über das Kopftuch folgende Belehrung: „Die vornehmen Männer trugen im 10. und 11. Jahrhundert eine Art phrygischer Mütze, oder die byzantinische platté Mütze, welche besonders im 11. Jahrhundert in Aufnahme kam und zu dieser Zeit auch noch durch ein großes Nackentuch beschwert wurde. Sie betrachteten nämlich das Nackentuch als Stellvertreter des Frauenschleiers und wenn dies wunderlich klingen sollte, daß Männer Schleier tragen, den erinnern wir, daß die damalige Zeit byzantinische, also orientalische Tracht liebte und daß noch heute im Orient Männer auch Schleier tragen.“ Und Hermann Weiß sagt in seinem „Handbuch der Geschichte der Trachten“ über die Tracht der Deutschen im 12. und 13. Jahrhundert: „Endlich ist nicht unberührt zu lassen, daß neben den mannigfachen Waaren, welche man theils dem Handelsverkehr, theils den sich immer weiter verzweigenden Handwerkszünften verdankte, noch eine Menge von Kunsterzeugnissen der Orientalen und Byzantiner, mittelbar durch die Kreuzfahrer selber, zumeist als ihr Anteil an der Kriegsbeute, in das Abendland gelangten. Dies aber war durchaus nicht gering, vielmehr während des ganzen Zeitraumes, den die Kreuzzüge ausfüllten, von stets wachsendem Umfang.“

Und nun wieder auf das Bild unseres männlichen Kopfes zu kommen, so zeigt dieses als Kopfschmuck nichts weiter als ein bloßes, künstlerisch frei behandeltes Kopftuch. Und diese orientalische Reminiszenz in Verbindung mit der ornamental herausgehobenen Halsberge und dem unverkennbaren deutschen Gesichtstypus lassen unzweifelhaft den deutschen Kreuzritter erkennen.

Und nun die portraitcharakteristische Behandlung des Bartes. Wo sahen wir doch dergleichen? Über die Barttracht in der Zeit von 1500—1550 sagt Hermann Weiß: „Die Neigung, den Bart wachsen zu lassen, tauchte kurz vor Beginn des Jahrhunderts wieder auf. Man konnte nicht das rechte Maß finden. Wunderliche Gestaltungen traten auf. Geiler v. Kaisersberg geißelte dieselben und nannte sie kurzweg Narrenwerk. Bis Ende der zwanziger Jahre dauerten diese Unordlichkeiten, wäh-

nahmetarif zu ungleichmäßig, und er sei bemüht, einen billigeren Tarif herzustellen, wenngleich mit etwas höherer Heranziehung ganz niedriger Sendungen.

Hierauf werden die Anträge Baumbach gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten, Nationalliberalen und einzelner Mitglieder anderer Parteien, der in der Debatte gestellte Antrag Schmidt auf Ausdehnung des Antrages Baumbach auf alle Ortschaften gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

Zu Titel 4 liegt ein Antrag Schmidt (Elberfeld) vor, dagegen gehend, daß das Bestellgeld für Postfachen in den Landbestellbezirken auf den gleichen Satz wie in den Ortsbestellbezirken herabgesetzt werde.

Zur Begründung führt Abg. Schmidt (Elberfeld) aus, daß die Abgrenzung zwischen Ortsbestellbezirken und Landbestellbezirken nach einem so schwankenden Prinzip erfolge, daß eine ungleiche Behandlung der Bestellgebühren nicht gerechtfertigt sei. Auch in Ortsbestellbezirken gebe es stundenlange und in Landbestellbezirken nur minutenlange Rayons.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwiderst, daß das Hauptbedenken gegen den Antrag ein finanzielles sei, da ein Auffall von 773 000 M. und mit Hinzurechnung der dann mehr erforderlichen Verwaltungsaufgaben von 1 000 000 sich ergeben würde.

Abg. Schmidt entgegnet, daß der Auffall an Einnahmen bei dem günstigen Stande des Postes nicht viel ausmache. Zum mindesten könnten die Ungleichheiten in den Bestellbezirken abgedämpft werden.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt.

In Titel 6 „Erlös für verlaute Grundstücke“ wird entsprechend dem Kommissionsantrage ein Betrag von 1170 M. abgesetzt, im übrigen wird der Rest des Staates unverändert angenommen.

Dergleichen ohne Debatte der Staat des Reichsdruderei.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. (Bentumsanträge, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen, Expatitur, Ausdehnung der Kongonäthe auf die deutschen Schutzgebiete und Antrag Barth, betreffend die Wahlen.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 11. Dezember. Aus den Mitteilungen des Weißbuchs über die Schweineeinfuhrverbote, welche sich auf die Verhandlungen über das Verbot vom 14. Juli im Bundesrat beziehen, ist deutlich ersichtlich, daß sowohl Bayern wie Sachsen den Erlass eines allgemeinen Einfuhrverbots vor Alem mit Rücksicht auf die Verjörgung der Grenzbevölkerung mit Fleisch beanstandet haben. Anscheinend hat nur die Ernährung des Reichskanzlers, welche derselbe am 5. Juli nach München und Dresden rückte, dahin gehend, daß er bereit sei, zu Gunsten einzelner an der österreichischen Grenze belegener Ortschaften und Bezirke des dortseitigen Staatsgebiets, welche den für die Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Bedarf an lebenden Schweinen bisher ausschließlich aus Österreich-Ungarn bezogen haben, generelle Ausnahmen zu machen, die Bedenken jener Regierungen bestätigt. Aber, wie es scheint, nur auf Zeit. Bereits im Oktober lagen dem Reichskanzler Schreiben des sächsischen Ministeriums vor, deren Inhalt nicht mitgetheilt ist, aber aus der vom 11. datirten Antwort des Reichskanzlers unschwer zu errathen ist. Offenbar hatte die sächsische Regierung die Aufhebung des Verbots oder wenigstens weitgehende Dispense von demselben beantragt und zwar unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche aus der Fernhaltung der österreichischen Viehzufuhren für die Ernährung der Bevölkerung sich ergeben haben. Der Reichskanzler wies diese Aufsicht sehr entschieden zurück; je größer die Nachtheile seien, die dem Volkswohlstande durch die im Inland graffende Maul- und Klauenseuche erwüchsen, um so dringlicher gestalte sich für die Regierung die Pflicht, der Seuchengefahr mit den wirk-

rend dessen der eigentliche Rund- oder Vollbart zur Vorherrschaft gelangt. Es fehlt nicht an Ausnahmen. Einzelne rasiere sich vollständig glatt, Andere tragen nur den Kinnbart, Andere nur den Lippenbart, doch blieben die Schnurrbartträger noch einstweilen bedeutend in der Minderheit.“

Aus Abbildungen, die uns allen gewiß vor Augen stehen, kennen wir aus jener Zeit aber eine Genossenschaft, deren Glieder anscheinend ihnen den Bart getragen haben, welchen der Kopf in unserem Deckenteppich zeigt, und diese Genossenschaft war der deutsche Ritterorden.

Aber das Pendant zu unserem Deckenbild, der neben ihm befindliche weibliche Kopf mit ganz derselben Halsberge, mit ganz demselben Kopftuch. Zwei Wesen, die von einander sich unterscheiden wie Mann und Weib und welche dabei in tendenziöser Demonstration fast zu verrathen scheinen, daß der Künstler sie mit aufdringlicher Absichtlichkeit in ein und dieselbe Bekleidungsform gehüllt habe. Wo hat man je gehört, daß es jemals einen deutschen Ordensritter gegeben, der mit einem Frauenzimmer unter einen Hut gebracht worden ist.

Nun allerdings gab es im 16. Jahrhundert solche deutsche Ordensritter, und von einem erzählte uns die Geschichte: Albrecht von Brandenburg, der letzte Hochmeister des deutschen Ritterordens, wandte auf den Rath Luthers das Ordensland in ein weltliches Herzogthum um, nahm im Frieden von Krakau 1525 Preußen als polnisches Lehen an, enthaftete den Ordensgelübden, legte den Ordensmantel ab, erhielt den ersten Sitz neben dem Könige in der Reihe der polnischen Senatoren und verheirathete sich mit Dorothea, Tochter König Friedrich I. von Dänemark. Und weiter erzählte uns die Geschichte: Auf einem noch in demselben Jahre (1525) gehaltenen Landtage erklärten sich alle Landstände, selbst die Ordensritter, den mächtigen und aufgeklärten Bischof von Samland, Georg v. Polenz, an der Spitze, für die Annahme des neuen Herzogs und für die Annahme der Reformation.

Und über die kirchlichen Zustände im Königreich Polen, in der Zeit von 1551—1552, in welcher unsere Decken entstanden sind, sagt Solignac: „Die Meinungen Luthers hatten im Königreich sich ausgebreitet. Man zählte im Staate, fast in gleicher Anzahl: Zwinglianer, Calvinisten, Melanchthonianer und einen Überrest von Hussiten. Die meisten Senatoren, den Grund der Kirche für erschüttert haltend, hatten die alte Lehre abgeschworen und von vielen Priestern, ja sogar von Bischöfen wurde sie

samsten Mitteln zu begegnen und dazu gehörte in erster Linie eine strenge und nachhaltige Einfuhrsperrre. Das Merkwürdigste ist, daß der sächsische Minister Graf v. Hohenhal und Bergen in einem Bericht an das Auswärtige Amt vom 28. Oktober mit aller Bestimmtheit behauptet, daß die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche in Sachsen insbesondere auch aus dem Königreich Preußen stattgefunden habe.

— Zur Frage des Sozialstengesetzes bringt heute die freikonservative „Post“ eine halbwegs überraschende Aufforderung an die Nationalliberalen oder eigentlich die Konservativen vor der zweiten Verathung der Vorlage im Plenum, sich über die Beseitigung der Ausweisungsbefugnis zu verstündigen, um den offenen Streit zwischen den Kartellparteien im Plenum zu vermeiden. Daß die Konservativen dieser Mahnung der „Post“ Folge leisten werden, ist um so fraglicher, als die Auffassung der „Post“ wohl derjenigen des Herrn v. Kardorff entspricht, aber auch nur derjenigen eines Theils der Reichspartei. Welcher Art die Beseitigungen sein sollen, welche die Nationalliberalen ihrerseits an die Konservativen machen sollen, erfahren wir nicht.

— In einem Briefe des Dr. Denhardt in Witu an das hiesige Emin-Pascha-Komite liegt nunmehr die Quelle der Nachrichten vor, welche über den Untergang der Peterschen Expedition in der zweiten Hälfte des November hierher gelangt waren. Das Auffallende ist, daß die Nachricht von dem Untergang der Expedition Peters Herrn Denhardt bereits am 17. Oktober in Malindi zu Ohren kam. Herr Denhardt wollte damals diesen Gerüchten keine Bedeutung beilegen bis Ende Oktober der Qwali von Lamu ihm Briefe seines Akka aus Kau vorlegte, wonach der deutsche Fremdling, welcher mit seinen Gütern im Flusse reiste, im Lande der Walore (Mossai) Krieg gehabt und mit allen seinen Leuten getötet worden sei. Nur ein verwundeter Somali und ein verwundeter Weißer — man nahm damals an, daß dies Lieutenant v. Tiedemann sei — seien davongekommen. Nach diesen Melbungen hätte der Angriff auf die Expedition unmittelbar nach dem Abzuge Peters von Koror, wo er sich am 5. Oktober befand, stattgefunden haben müssen. Die um diese Zeit abgegangenen Peterschen Briefe, welche Mitte Dezember hier eintreffen sollen, wären also unmittelbar vor dem Untergang der Expedition geschrieben. Neuere Angaben, welche die Unglücksbotschaft bestätigen, oder in Frage stellen, enthält das Denhardtische Schreiben nicht. Indessen machen die von dem Qwali von Lamu gemachten Mitteilungen durchaus nicht den Eindruck von Erfindungen oder Uebertreibungen. Bekanntlich hält auch das Emin-Pascha-Komite die Hoffnung, daß die Melbung von dem Untergange Peters sich nicht bestätigen werde, z. B. kaum mehr aufrecht. Auf Grund welcher Nachrichten das Komite seine Auffassung geändert hat, ist bis jetzt nicht mitgetheilt worden.

— Nachdem der Kaiser sich gestern Vormittag die regelmäßigen Vorträge hatte halten lassen, fuhr er Nachmittags nach Berlin, um die Kaiserin Augusta zu begrüßen, und kehrte dann sofort wieder nach dem Neuen Palais zurück. Heute Abend findet bei den kaiserlichen Majestäten im Muschelsaal des Neuen Palais eine musikalische Abendunterhaltung statt.

— Kaiserin Augusta unternahm heute Mittag zum ersten Male nach ihrer Rückkehr aus Koblenz eine etwa einstündige Spazierfahrt nach dem Tiergarten.

— Ueber das Verbinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin erfährt die „Post. Blg.“, daß der Groß-

herzog von heftigen neuralgischen Schmerzen gequält wird, die ihn an das Bett fesseln und ihn arbeitsunfähig machen. Die Ärzte haben die Ansicht geäußert, daß Cannes für den jetzigen Zustand des Großherzogs ein ungeeigneter Aufenthaltsort wäre; daher ist eine Überfahrt an einen anderen Ort in Aussicht genommen.

— Die Frau Prinzessin Friedrich Carl, welche während der letzten Tage an einer nicht unerheblichen Erkältung litt, ist jetzt so weit wieder hergestellt, daß sie gestern das Bett wieder verlassen konnte.

— Schon seit längerer Zeit ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Angehörigen des Apothekerstandes, welche die Rechtigung zum einjährig freiwilligen Dienste besitzen, auf die Vergütung des Dienstes als Militärapotheker verzichten und den Dienst mit der Waffe ableisten. Dazu hat einmal die, wie bei jedem Anderen, auch bei den jungen Pharmaceuten vorhandene Neigung, ihrer Militärfreiheit so früh wie möglich zu genügen, und sodann die Thatsache beigelegen, daß der Militärapotheker, der einjährig freiwillig wie der Unter- und Oberapotheker der Reserve, in seiner dienstlichen Stellung und seinem militärischen Range nicht diejenigen Ansprüche erfüllt sieht, welche er seinem Bildungsgange und seiner sozialen Stellung gemäß erheben zu sollen glaubt. Die Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten, wonach das mit der Waffe abgediente Militärs Jahr demjenigen Pharmaceuten, welcher nachweislich während desselben in einer Apotheke beschäftigt gewesen ist, als Servicjahr angeschaut wird, dürfte jedenfalls die Neigung, der Dienstpflicht mit der Waffe zu genügen, noch verstärken. In Folge dessen sind schon seit Jahren zahlreiche, für einjährig freiwillige Militärapotheker vorgesehene Stellen zeitweise unbefestigt gewesen. Um diesem Nebelstande abzuhelfen, bat der deutsche Apothekerverein an den preußischen Kriegsminister eine Einigung gerichtet, in welcher er den Letzteren erfuhr, darauf hinzuwollen, daß der Dienst der einjährig freiwilligen Militärapotheker so geregelt werde, daß das erste Halbjahr mit der Waffe, das zweite nach bestandenen Staatszeugen als Apotheker abgeleistet werde. Es würde damit für die Militärapotheker eine ähnliche Einrichtung geschaffen, wie sie für die Mediziner bereits besteht. Der deutsche Apothekerverein glaubt annehmen zu können, daß, wenn diese Aenderung getroffen, die dienstpflichtigen Apotheker wohl ausnahmslos dieser Pflicht als Militärapotheker zu genügen suchen werden. Gleichzeitig mit dieser Einigung hat der genannte Verein es befürwortet, daß die Corps-Stabsapotheke im Range mit den pharmazeutischen Professoren bei den Provinzial-Medizinalkollegien gleichgestellt werden und Corps-Stabsapothekestellen 1. Klasse mit höher demselben Einkommen geschaffen werden.

Lokales.

Bosau, 12. Dezember.

— u. Neuwahlen im Kreditverein. Im Handelsaal hat gestern Abend der „Posener Kreditverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“ eine ordentliche Generalversammlung abgehalten, in welcher verschiedene Wahlen vollzogen wurden. Zum Direktor des Kreditvereins auf die Dauer von drei Jahren wurde Herr Direktor Meyer mit 40 von 48 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Hierauf erfolgte die Wahl von drei Mitgliedern des Aufsichtsrates. Es erhielten die Herren Stadtbaumeister Reigner 37, Kaufmann Möbius 37 und Maurermeister Ballmann 36 Stimmen und sind somit in den Aufsichtsrath gewählt. Die anderen Stimmen zerstreuteten sich. Zu Mitgliedern der Einschüttungskommission auf die Dauer eines Jahres wurden gewählt die Herren Kaufmann Robert Seidel mit 41, Kaufmann Elkan Ascheim mit 39 und Holzhändler Adolf Simon mit 35 Stimmen. In die Revisionskommission des Kreditvereins wurden auf die Dauer eines Jahres drei Mitglieder gewählt, nämlich die Herren Kaufmann Elkan Ascheim mit 37, Kaufmann Robert Seidel und Kaufmann Abraham Neumark mit je 33 Stimmen. Zu stellvertretenden Mitgliedern der Revisionskommission wurden auf die Dauer eines Jahres die Herren Holzhändler Adolf Simon und Kaufmann G. Kritsch mit je 31 Stimmen gewählt.

d. Professor Ustymowicz am Gymnasium zu Glogau, früher Lehrer am bietigen Königl. Marien-Gymnasium, ist am 10. d. M. in Glogau gestorben. Derselbe hatte das Gymnasium in Tremeschen be-

öffentlicht verachtet und verdammt. Nach Schmähreden gegen den elohosen Stand hatten sie vor dem Angeicht der Republik sich verheirathet. Die Reichstage machten den katholischen Bischöfen das Recht streitig, solch schändlicher Unordnung Einhalt zu thun. Raphael Leszynski, der kurz zuvor die Würde als Woywode von Brzesc niedergelegt, um der Meinung der Neugläubigen freier zu folgen, war der erste, der dieselbe auf dem Reichstage zu Petrikau in Gegenwart aller Abgeordneten der Republik bekannte.

Der König Sigismund August ueigte zur neuen Lehre. Er hatte vielleicht den Vorhab, sie dereinst öffentlich zu bekennen, fürchtet aber die Macht der Bischöfe.“

Aus diesen Thathachen und aus diesem Bewußtsein der Volksseele scheinen mir in der Konception unseres Künstlers diese beiden Deckenbilder entstanden zu sein. Ich habe Gründe zu vermuten, daß die beiden Bilder die Portraits oder zum mindesten die Idealportraits des Herzogs Albrecht von Preußen und seiner Gemahlin darstellen. Meine Gründe aber für diese Auslegung sind folgende: Wenn an unserer, mit historischen Reliefportraits geschmückten Decke die Autorität und Machtfälle des Königs gezeigt und zum Ausdruck gebracht werden sollten, dann dürfte natürlich unter diesen Portraits auch das seines obersten Lehnsträgers, also hier des Herzogs von Preußen, nicht fehlen. Auch zeigen uns diese beiden inhaltsvoll gestalteten Köpfe den deutschen Ritterorden in seinem Anfangs- und Ausgangspunkte. Den Anfangspunkt, in welchem im heiligen Lande die Ritter des Kreuzes seinem Dienste sich geweiht, versinnbildlicht das Kopftuch, die einzige übrig gebliebene, nicht zur Ordenstracht gehörige Reminiszenz an die Tracht des deutschen Ritters im heiligen Lande. Die Beziehung aber, in welche die beiden Köpfe zu einander gesetzt sind, läßt das Ausleben dieses dreihundertjährigen Gesellschaftsorganismus vor uns erscheinen.

Und endlich habe ich darauf hinzuweisen, daß das Herzogspaar und die vier Mönchlein, die Repräsentanten der weltlichen und geistlichen Stände jener damaligen staatsbürglerischen Gesellschaft, auch die bedeutsame Repräsentation der Zuschauerschaft bei den Vorgängen darstellen, welche da in der Mitte des Deckenteppichs sich abspielen und welche, den vierjährigen Zeitraum, von 1548—1552 umfassend, eine ergreifende Episode aus der Sturm- und Drangperiode des Königs Sigismund August bilden.

Ob und welchen besonderen persönlichen Anteil das Her-

zogspaar und die vier Mönchlein an diesen Vorgängen etwa noch gehabt haben mögen, darüber habe ich nichts erforschen können.

So zeigte uns denn der Künstler mit einem Schlag, bloß durch die geistvolle Kostümbehandlung und Gruppierung zweier einfachen Porträtköpfe ein großes Stück Weltgeschichte aus der Zeit des 16. Jahrhunderts und eine der bedeutsamsten Phasen aus der Entwicklungsgeschichte des polnischen Reiches, den Einzug der Reformation in die polnischen Königsländer, das Zusammenbrechen des deutschen Ritterordens und die Aufrichtung des Herzogthums Preußen.

Bereiten wir uns nun vor, jene oben erwähnte Episode an unserem Auge vorüberziehen zu lassen. In unserem Zeitalter werden wir wie einen erfrischenden Lufthauch es empfinden, wieder einmal, wie Goethe es genannt hat, „eine Natur“ vor uns zu haben. Und dazu eine Natur in der Person eines Heldenkönigs, der seine menschliche Leidenschaft wie eine heilige Flamme hütet, aus welcher die Kraft ihm emporpriest, seine Überzeugung in Thaten umzusetzen.

Um die ergreifenden Darstellungen an unserem Deckenteppich später mit Erfolg betrachten zu können, wollen wir ihn auf eine kleine Weile gänzlich aus dem Auge verlieren und unsere ganze Aufmerksamkeit auf die seltsame Geschichte richten, die ich in Nachfolgendem zu erzählen habe, und für welche ich die Theilnahme der gehrten Leser erbitten.

Wir werden da erzählen hören von einem jungen, hochgemuthigen Heldenkönig, der mit den Großen seines Reiches, nicht um seine Krone, — sondern um seine Liebe kämpft, und von einer jugendlichen, von Liebe erfüllten Königin, die um ihre Liebe die Märthrerkrone trägt.

Denk, ihr seht,
Als lebten sie, in stolzer Majestät
Des edlen Spiels Personen. Denkt sie groß
Vom Volk umringt; denkt ihrer Diener Troß,
Der Freunde Drang: seht hierauf, im Moment,
Wie solche Macht so bald zum Fall gewendet;
Und seid ihr dann noch lustig, möcht ich meinen,
Es kommt ein Mann am Hochzeitstage weinen.

(Fortsetzung folgt.)

sucht und in Breslau 1842–45 Mathematik und Naturwissenschaften studiert. Nachdem er zuerst am Marien-Gymnasium in Posen, dann an den Gymnasien zu Tremeschen und Ostrowo unterrichtet wurde, wurde er an das Marien-Gymnasium zu Posen berufen; 1874 wurde er in gleicher Weise wie viele andere Gymnastallehrer polnischer Nationalität von hier versetzt und zwar zuerst nach Oberschlesien, dann vor einigen Jahren nach Glatz.

* **Unfall.** In dem Schausfenster eines Ladens auf der Wallstraße ist gestern aus Unvorsichtigkeit die Lampe zerschlagen worden. Das dadurch verschüttete Petroleum fing Feuer, und in Folge dessen sind verschiedene Gegenstände, die im Schausfenster ausgelegen hatten, verbrannt. Der dadurch verursachte Schaden beläuft sich auf gegen 40 Mark. Der kleine Brand wurde bald gelöscht. Die Feuerwehr ist nicht alarmiert worden.

* **Polizeilich ausgespannt** wurde gestern das Pferd eines hiesigen Fuhrunternehmers, welches vor einem mit Eis beladenen Wagen gespannt war, da es tatsächlich nur auf drei Beinen zu gehen vermochte.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: 5 Bettler. — Beschlagnahm: ein trichinosch Schwein, 3 Puten und 15 Hühner, welche auf dem Transport zum Markt verendet waren. — Gefundenen ein Portemonnaie mit Inhalt. — Verloren: ein goldenes Armband auf dem Wege von der Wallstraße nach dem Zoologischen Garten.

Telegraphische Nachrichten.

Gelsenkirchen, 12. Dezember. Der hiesige Landrat hat eine Bekanntmachung erlassen, wonin er sich bereit erklärt, den arbeitslosen Bergleuten sofort Arbeit auf den Betrieben des Kreises zu verschaffen.

London, 12. Dezember. Das Exekutivkomitee der Träger des vereinigten Kohlenlagers gibt bekannt, daß auf Grund einer Besprechung mit den hauptsächlichsten Kohlenhändlern in London die Annahme eines wirksamen Vergleichs wahrscheinlich sei. Der Streit dürfte sich auf eine Boykottierung der South-Metropolitan-Gaskompanie beschränken.

Konstantinopel, 11. Dezember. Zwischen der Regierung und der Schulverwaltung ist durch Vermittlung Caillards ein Uebereinkommen wegen Abhängigkeit des der Schulverwaltung zuverlaufenen Zollüberschusses nach den projektierten Handelsverträgen zu Stande gekommen. Von den Bruttoeinnahmen nach den zukünftigen Tarifen sind für die Regierung die Verwaltungskosten, die bisherige mittlere Jahresentnahme aus den Höhlen, ferner 8 Percent des Gesamtvertrages des Imports abzuziehen. Der Rest gehört der Schulverwaltung. Die Handelsverträge sollen einen tarifierten Gewichtszoll, anstatt des bisherigen 8 percentigen Einheitszolles festsetzen.

Bukarest, 12. Dezember. Die rumänischen Zollbehörden sind mittels eines Rundschreibens beauftragt worden, Waaren, welche in der Schweiz einfach naturalisiert wurden, aber nicht schweizerischen Ursprungs sind, nach dem autonomen Generaltarif zu behandeln. Diese Maßnahme ist als notwendig er-

achtet worden, weil die Industriellen anderer Länder die für Rumänen bestimmten Erzeugnisse über die Schweiz gehen lassen, um aus dem Konventionaltarif Nutzen zu ziehen.

Wien, 12. Dezember. Nach einer Meldung der „Presse“ habe Prinz Arisugawa eine handelspolitische Mission, die von der japanischen Regierung beabsichtigte Öffnung sämtlicher Häfen, zu erfüllen. Die „Presse“ meldet ferner die Erhöhung des Einfuhrzolles auf 12 Proz. des Wertes. Statt der bisherigen Konkurrenz ist der oberste japanische Gerichtshof mit Mehrheit der europäischen Bevölkerung als Forum für die Streitigkeiten zwischen Japanern und Ausländern in Aussicht genommen worden. Diesbezüglich schweben Verhandlungen zwischen den Parteien.

New York, 11. Dezember. Während einer gestern Abend in Johnstown (Pennsylvania) stattgehabten Opernvorstellung entstand ein, wie sich erst später herausstellte, blinder Feuerlärm. Die Theaterbesucher drängten in panikartiger Hast nach den Thüren, während von außen her eine größere Menschenmenge sich Eingang in das Theater zu verschaffen suchte. In dem dadurch verursachten Gedränge haben mehrere Personen das Leben eingebüßt; die Zahl der Verletzten wird auf 80 angegeben.

New York, 12. Dezember. In Folge blinden Feuerlärm während der Opernvorstellung in Johnstown wurden 10 Personen getötet, fünf andere sind bald ihren Wunden erlegen, achtzig erlitten Kontusionen resp. nervöse Störungen.

New Orleans, 12. Dezember. Gestern hat die Besiegung Jefferson Davis stattgefunden. Die meisten Häuser, mit Ausnahme der Dienstgebäude, waren schwarz drapiert, alle öffentlichen Bureau waren geschlossen.

Zanzibar, 12. Dezember. Meldung des „Bureau Reuter“. Emin Pacha litt am Montag Abend an heftigem Husten, der Speichelaustritt war schwierig, aber blutlos. Gestern war das Befinden etwas besser, das verletzte Auge ist bereits fast gänzlich geheilt. Aus dem rechten Ohr tritt immer noch eine seröse Flüssigkeit aus. Der Patient ist bei guter Stimmung.

Hamburg, 11. Dezember. Der Postdampfer „Standia“ der Hamburg-Amerikanischen Reederei Aktiengesellschaft ist, von New-York kommend, heute Nachmittag 2 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

London, 11. Dezember. Der Castle-Dampfer „Guart Castle“ ist heute auf der Ausreise von London abgegangen.

Petersburg, 12. Dezember. Die „Nowoje Wremja“ erfährt aus Belgrad, daß die dortigen Behörden den russischen Hausherren Schwierigkeiten in den Weg legen. Das Blatt drückt sein Bestreben über diese Haltung der serbischen Organe aus und regt mit Hinweis auf solche Vorlommisse den Abschluß einer russisch-serbischen Handelskonvention an.

3. Klasse 181. Königlich Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Dezember 1889. — 3. Tag Nachmittag. Nur die Gewinne über 155 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

131 42 (300) 98 209 12 58 73 307 46 424 75 593 729 65 68
87 823 39 53 978 1177 212 450 69 86 642 50 762 807 19 46
2013 53 109 15 78 245 92 307 403 534 47 62 66 585 845 99
(200) 991 3219 20 94 435 52 58 80 674 717 28 54 87 98 802
58 918 85 (300) 4207 328 33 67 995 5013 92 269 76 326 468
573 731 (200) 49 668 880 6121 216 36 500 88 822 986 88 7001
309 10 564 643 812 30 933 91 8117 18 279 416 58 80 526 (500)
41 651 90 740 934 46 8013 106 39 43 219 25 419 25 45 550
664 65 78 79 745 62 75 903

10151 75 226 611 43 52 64 897 11151 285 357 439 95 (200)
886 12092 97 136 227 77 82 306 410 83 500 661 807 13052
185 (200) 206 53 357 672 729 60 920 57 (200) 79 14173 94 212

(200) 17 37 38 378 87 454 50 75 70 678 772 893 923 15163 569
85 710 (200) 31 830 958 16088 291 318 57 462 518 628 (500)
782 812 19 26 77 (200) 79 (200) 17110 (200) 337 774 871 998

18037 108 210 99 381 508 30 730 (200) 800 18031 418 74 525
650 60 86 703 833 54 978

20025 86 479 21053 286 310 54 481 508 79 (200) 86 628
731 886 22066 94 189 229 37 81 428 520 626 772 851 59 950

23008 268 520 51 71 665 97 740 58 99 806 984 90 24282 404
(200) 7 517 59 643 745 905 (200) 88 25060 160 (200) 96 266

524 36 (300) 747 810 (300) 937 26022 291 514 629 703 868 948
27000 (300) 39 40 142 43 209 546 63 605 (200) 96 746 825 949

97 2818 217 (200) 29 34 52 69 417 33 564 745 914 29049
88 128 511 609 60 72

30052 75 167 77 280 448 54 693 721 89 841 915 (300) 31066
89 109 212 367 518 868 69 904 47 23042 129 61 847 71 80 557

677 781 945 33149 61 345 47 411 55 706 851 70 81 914 34039
87 106 11 361 409 560 751 81 35167 250 348 460 99 791 848

908 21 78 36156 215 79 91 359 416 806 49 728 41 977 37062
574 687 747 59 63 882 956 80 38006 236 54 334 434 54 502 74

705 830 61 902 77 39036 93 95 102 52 328 537 670 717 36
831 45 903

40015 26 125 (300) 323 37 94 401 521 898 977 11022 144
280 309 438 47 84 94 592 695 762 74 908 42066 31 127 255

339 43 69 83 88 430 515 24 64 65 87 607 50 63 801 (500) 8 37
977 43028 43 157 79 206 84 303 438 39 554 615 24 732 872

900 44195 527 98 722 45090 219 22 59 320 62 72 439 73 562
75 903 75 46142 85 347 534 671 748 69 88 815 33 94 945 64

47157 59 86 219 38 350 98 578 81 614 44 776 820 (200) 97 978
48351 52 412 529 (1500) 680 728 804 53 74 959 49139 417 33

74 571 (300) 90 644 798 870 81

50127 201 52 57 73 466 84 768 919 55 85 51015 77 142 381
680 702 60 822 47 52103 4 77 78 218 (500) 302 49 404 17 61

574 80 951 53053 82 100 313 438 543 90 606 708 836 905 29
45 62 546 160 89 246 64 307 13 33 496 500 654 (500) 807 42 934

(200) 55219 69 373 737 98 827 934 56212 426 38 93 525 71 673
92 760 855 79 978 37045 102 73 266 443 66 915 58080 266 442

99 541 995 59009 122 240 87 98 340 755 980

60050 (200) 290 88 (200) 334 44 82 411 90 (200) 588 795 890

962 91 61218 92 448 95 600 817 979 28065 114 228 726 (300)

876 958 68 82 63022 138 77 318 (200) 72 (200) 434 507 98 838

910 64061 184 201 54 67 399 476 550 665 (200) 729 83 977

65023 39 189 424 534 96 776 833 963 74 66086 247 322 411

673 99 807 929 45 98 67169 256 668 747 800 68005 137 272

82 307 17 448 (200) 69032 236 43 445 60 758 71

70042 150 78 99 (200) 288 358 485 588 607 836 21520 895

72180 203 (15 000) 33 40 429 58 89 596 32159 238 57 65 76

541 649 818 38 912 87 74140 87 205 9 22 51 64 638 712 26 (200)

53 844 75100 27 266 377 636 16014 299 359 616 777 940 86

27050 243 97 583 622 89 829 41 930 45 78020 160 213 65 315 71

452 (200) 54 551 706 23 811 39089 196 390 742 55

80204 332 51 434 507 37 693 94 977 94 (200) 81186 203 541

646 709 935 82006 90 125 59 202 17 57 (500) 56 74 304 446 84

514 (200) 53 70 87 811 83039 181 94 377 467 703 30 850 84001

(200) 33 180 240 497 517 708 13 35 959 74 85059 119 78 (500)

241 385 456 548 82 712 893 86104 (200) 34 36 242 53 565 68

642 93 705 79 815 26 87046 50 121 226 393 452 70 77 97 620

93 710 82 909 19 66 87 88010 89 160 229 465 619 857 71 900

36 88090 194 238 (500) 42 55 384 451 81 508 69 87 (500) 803

73 82 723 921 80197 362 92 608 65 736 39 64 94 881 95 81018 64 166

achtet worden, weil die Industriellen anderer Länder die für Rumänen bestimmten Erzeugnisse über die Schweiz gehen lassen, um aus dem Kon